

# Wirtschaftsdienst

Kriegswirtschaftliche Berichte über das Ausland

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark  
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 12. Fernspr. Gr. 1, 2447—51

Nr. 43

Hamburg, den 26. Oktober

1917

## Inhalt

Nach dem Kriege .....	Seite 785	Nord und Süd in China .....	Seite 805
Japanische Zukunftsorgen .....	„ 787	Vermischtes:	
Die Japaner in Südamerika .....	„ 789	Von den englischen Textilmärkten .....	„ 807
Lebensmittel und Lebenshaltung in England .....	„ 791	Von den englischen Rohstoffmärkten .....	„ 807
Nordamerikanische Anleihe-Mache .....	„ 793	Kriegsschäden in England .....	„ 808
Die Privatversicherung im Jahre 1916 .....	„ 794	Kriegsindustrie in England .....	„ 808
Der russische Geldmarkt im Lichte russischer Kritik .....	„ 795	Rhodesiens Minen-Industrie .....	„ 808
Chronik der Kriegsfinanzen .....	„ 796	Ausfuhrzoll auf Diamanten in Südafrika .....	„ 808
Aus unseren Kolonien .....	„ 799	Internationale Wechselkurse .....	„ 808
Bericht über den Weltmarkt für Getreide .....	„ 803		

(Nachdruck nur mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

## Nach dem Kriege

Während in Deutschland, wo die zwangsweise Syndizierung der Industrie noch immer im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Debatten steht, der Widerstand gegen Staatseingriffe im Wachsen begriffen ist, scheint die vom Board of Trade betriebene Umbildung der englischen Wirtschaft, über deren Grundgedanken wir schon berichtet haben, bisher keinem ernstlichen Einspruch zu begegnen.

„Wir stehen“, schreibt die Times vom 27. September, „am Vorabend sehr wichtiger Umwälzungen im Gewerbe- und Handelswesen unseres Landes. Wir erfahren, daß wichtige Pläne zum Zusammenschluß der Interessen von Unternehmungen verschiedener Wirtschaftszweige in der Ausarbeitung begriffen sind. In einigen Fällen sind die Verhandlungen bereits in ein fortgeschrittenes Stadium getreten. Die Elektrizitäts-, die Messing- und die Bleiindustrie haben ähnlich wie früher die Sprengstoffindustrie, Projekte zur Durchführung des Kooperationsprinzips in ihren Gewerbszweigen entworfen. Der Plan der Messingfabrikanten, der die Errichtung einer Zentraleinkaufs-Organisation sowie einer Zentralexport-Verkaufsagentur vorsieht, hat die einstimmige Billigung der Interessenten gefunden. Die wesentliche Ursache aller dieser Entwicklungen liegt in der während des Krieges von den Industriellen gemachten Erfahrung, daß die Produktion durch Verringerung der Kosten auf einen Grad der Rentabilität gehoben werden kann, von dem sich vor dem Kriege keiner der Industriellen etwas träumen ließ. Einer der Grundgedanken geht dahin, daß die Industriellen mehr als bisher ihre Produktion spezialisieren müssen, um die technische Leistungsfähigkeit auf den höchsten Grad zu bringen. Ein zweiter Gedanke ist die Ausschaltung unnötiger Zwischenglieder, die keine wirtschaftlichen Funktionen erfüllen, sondern nur vertuernd wirken. Eines der wichtigsten Motive war auch die Erwägung, daß ohne einen solchen Zusammenschluß die Befriedigung der Arbeiterwünsche durchaus unmöglich wäre. Daß durch eine solche Konsolidierung der Industrieeinteressen der Konsument

gefährdet werden kann, ist dem Board of Trade nicht entgangen. Hier wird ein System wirksamer Staatskontrolle einsetzen müssen, um die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Wirtschaftszweige und der Konsumenten einem gerechten Ausgleich zuzuführen.“

In der Stadthalle von Huddersfield sprach Dr. Addison, der englische Minister für Übergangswirtschaft (Minister of Reconstruction), über die Prinzipien des sozialen Wiederaufbaus nach dem Kriege. Er warf die Frage auf, ob überhaupt ein Ministerium für den Wiederaufbau nötig sei, und beantwortete diese Frage mit dem Hinweis auf die entsprechende deutsche Organisation.

„Die Deutschen sind seit einiger Zeit geschäftig gewesen“, sagte er. „Wir begegneten ihren Bestrebungen in den verschiedensten Teilen der Welt, wo wir uns bemühten, unseren Rohstoffbedarf zu decken und die Vorräte zu beschaffen, die unser Land braucht. Sie haben, wie wir wissen, große Anstrengungen gemacht und sind noch dabei, die Kontrolle über große Mineral-schätze durch Kauf und auf anderem Wege zu erwerben. Sie haben sogar versucht, Rohstoffe in England während des Krieges zu kaufen, nicht nur, um sich selbst zu versorgen, sondern wahrscheinlich auch, um uns zu verhindern, sie für uns zu sichern. Es gibt aber nur wenig Dinge von größerer Bedeutung als die Versorgung mit Rohstoffen. Von hier hat das deutsche Amt für Übergangswirtschaft seinen Ausgangspunkt genommen.“

Das Problem der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege erscheint Dr. Addison nicht so dringend wie den meisten Beurteilern. In vielen Gewerbszweigen, vor allem im Schiffbau und im Eisenbahnbau, würde eine große Nachfrage auftreten, die aber nur befriedigt werden könnte, wenn die Rohstoffe beschafft würden. Eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten der Regierung sei es oft gewesen, die Kaufleute zur engeren Zusammenarbeit zu bringen. „Es war“, sagte Dr. Addison, „von der größten nationalen Be-

deutung, daß diese Schwierigkeiten überwunden wurden. Auch hat unser Land in der Vergangenheit viel zu wenig Gebrauch vom Gehirn gemacht. Es wird niemals hinreichend geschildert werden, wieviel das Heer der Arbeit der Wissenschaftler verdanke, und doch hat man vorher diesen Leuten Gehälter gezahlt, die für die Gesamtheit eine Schmach bedeuteten. Nur durch gesteigerte Produktivität kann die Verwüstung, die durch den Krieg verursacht ist, überwunden werden. Vier Dinge sind nötig: Als erstes und wichtigstes eine bessere Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, zweitens bessere Lebensbedingungen, drittens bessere Ausbildung, viertens bessere Verfahrensweisen.“ Dr. Addison bekennt sich als Anhänger des Planes, Industrieräte zu schaffen, in denen Arbeiter und Unternehmer vertreten sind, und denen die Aufgabe zufällt, Arbeitsfreitigkeiten aus der Welt zu schaffen. So lange das nicht geschehen sei, werde man keinen wirklichen Fortschritt in der Richtung der erhöhten Produktivität machen können. Die Feindschaft gegen verbesserte Methoden sei meist auf die Furcht vor Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Dies Hindernis sei unbedingt aus dem Wege zu räumen. Man könne nicht erwarten, daß ein Mann verbesserten Methoden zustimmt, die ihn auf die Straße setzen können. Neben besseren Wohnverhältnissen und einer engeren Verbindung zwischen Wissenschaft und Industrie, sei besonders eine Verbesserung der Handelsmethoden erforderlich. Hier seien die Deutschen vorbildlich in ihrer einheitlichen Organisation des Einfuhr- und Ausfuhrhandels. Was man bei verbesserten Verfahrensweisen leisten könne, zeigen Untersuchungen, die man während des Krieges in England in Musterbetrieben gemacht habe. Es habe sich herausgestellt, daß in einem Fall die Produktionskosten um 29 % verringert worden sind, obgleich die Löhne um 20 % gestiegen waren.

In einer Rede, die L. A. Paisch von der Nachrichtenabteilung des Handelsamts in einer Versammlung der Birmingham Brass Masters' Association Mitte September hielt, begründete er die Syndizierungsbestrebungen der englischen Industrie mit den ähnlichen Tendenzen der deutschen Wirtschaftspolitik und der nordamerikanischen Entwicklung. Das Handelsamt hat einen Ausschuß für diese Frage eingesetzt. Dieser Ausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Handelsamt solle es zum Grundgedanken seiner Politik machen, daß es für die englischen Industriellen absolut notwendig sei, sich zu Syndikaten (trading combination) zusammenzuschließen, wenn sie ihre Ausfuhr nach dem Kriege vergrößern und die verlorenen Absatzgebiete wiedergewinnen wollten. Sie müßten mit Sicherheit darauf rechnen, dem Problem der Vertrustung oder Kartellierung ins Auge zu sehen. Die Konkurrenz mit Deutschland und den Vereinigten Staaten zwänge die englische Volkswirtschaft, ähnliche Methoden wie jene anzunehmen. Ein Zusammenschluß der gesamten Birmingham Messingfabriken würde imstande sein, jeden Markt, den man zu bearbeiten wünsche, systematisch zu untersuchen. Eine einzelne Firma sei nicht imstande dazu. In jedem solchen Markt müßte ein Mann für den Verband tätig sein, um die Wandlung festzustellen, die dort der Krieg in den Absatzverhältnissen geschaffen habe. Das Amt, das er vertrete, sei bereit, solchen Bestrebungen jede mögliche Hilfe zu leisten; es sei auch bereit, finanziellen Beistand bei dem Aussenden solcher Vertreter zu leisten.

C. Hamilton Wickes, Handelsfachverständiger in Kanada, behauptete in der Versammlung, Deutschland plane, den Einkauf für die wichtigsten deutschen Industrien einheitlich vorzunehmen. Man müsse in England die Frage aufwerfen, ob nicht auch die englischen Fabrikanten zum zentralen Einkauf übergehen müßten. Ein Ausschuß der verschiedenen Zweige der Messingindustrie

und des Messinghandels wurde eingesetzt, um die Bestrebungen auf den von den Regierungsvertretern vorgezeichneten Bahnen zu befördern.

Der englische Minister für Übergangswirtschaft hat einen Ausschuß berufen, der ihn bei der Regelung der Übergangswirtschaft für die chemische Industrie Englands unterstützen soll. Dem Ausschuß gehören an:

Sir Keith W. Price (Vorsitzender), Munitionsministerium, Mr. John Anderson, Sekretär des Volks-Krankenversicherungsausschusses (Eng.), zugeteilt dem Schifffahrtsministerium, Mr. J. F. Brunner, M. P., Mr. Charles Carpenter, D. Sc., M. J. C. E., Professor J. G. Lown, Sprengstoffamt, Munitionsministerium, Sir William Pearce, M. P., Mr. R. B. Quinan, C. S., Sprengstoffamt, Munitionsministerium, Right Hon. J. W. Wilson, M. P., M. G. C. Smallwood, Munitionsministerium, als Sekretär des Ausschusses.

Die Beamten der Regierungskämter sind im Einvernehmen mit ihren vorgelegten Ministern ernannt worden, die anderen Mitglieder auf Vorschlag einer Generalversammlung der chemischen Industriellen. Dr. Addison hat den Ausschuß ersucht, seine Beratungen auf die Schaffung einer Organisation abzustellen, die den ganzen Gewerbszweig angemessen vertritt und mit deren Hilfe der Gewerbszweig später instand gesetzt werden kann, seine Kräfte zu entwickeln und die engste Zusammenarbeit aller, die in der chemischen Industrie tätig sind, herbeizuführen.

In Frankreich sind die Bestrebungen zur Vorbereitung der Übergangswirtschaft, wie es scheint, nur wenig weit gediehen. Man hat einige Untersuchungen begonnen, aber kein Zentralorgan geschaffen. Nach dem „Sémaphore de Marseille“ plant man jetzt, die schon vorhandenen Materialkisten zusammenzustellen; ihre Verwertung bleibt aber der Zukunft zu überlassen. Die Ausschüsse, die vom Handelsamt kürzlich geschaffen sind (für Fette, chemische Produkte usw.) und deren Vermehrung in der nächsten Zeit erwartet wird, dienen nur Verwaltungszwecken; sie haben nicht die Vorbereitung künftiger Zusammenschlüsse zum Zweck, sondern nur die Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten beim Kauf, Verkauf und der Einfuhr der Produkte. Ebenso scheint der Wirtschaftliche Ausschuß, der gelegentlich der Bildung des neuen Ministeriums geschaffen worden ist, hauptsächlich dazu bestimmt, sich dem Wiederaufbau der besetzten Gebiete zu widmen. Die Zeitung verweist demgegenüber auf die deutsche Organisation des Reichskommissariats für Übergangswirtschaft, die man freilich in Frankreich kaum nachahmen könnte. Es sei nicht möglich, bei der gegenwärtigen Organisation irgend einem Ausschuß, der nicht mit effektiver Gewalt ausgestattet sei, genügend Autorität zu geben, um den Geist des Partikularismus, der die verschiedenen Organe befehle, zu besiegen. In Sachen der Handelsverträge hätten drei oder vier Ministerien (Handel, auswärtige Angelegenheiten, Finanzen und manchmal Kolonien) hereinzureden. Man müsse also, um einen Zustand zu erreichen, der (nach der Meinung der Zeitung, D. Red.) in Deutschland bestünde, diesen Ministerien die Kompetenzen bezüglich der Handelsverträge nehmen. Es sei begreiflich, daß die Regierung vor dieser Lösung zurückschrecke, die bei der Eigenart des französischen Verwaltungsapparats besonders schwierig sei. Man müsse sich also im Augenblick mit der Zentralisation der verfügbaren „Materialien“ für die Zeit nach dem Kriege begnügen. Es sei aber unbedingt nötig, sofort die wirtschaftlichen Maßnahmen zu untersuchen, die nach Friedensschluß erforderlich sein würden. Die Mittelmächte bereiten, nach der Meinung der Zeitung, einen furchtbaren Angriff auf die Wirtschaft der Westmächte vor. Die deutsche Regierung habe seit langer Zeit mit der Sorgfalt für jede Einzelheit, die für die deutsche Methode

Charakteristisch sei, die Zeit des Übergangs vom Kriegszustand zum Friedenszustand organisiert, und für die Bildung neuer Rohstoffvorräte und die Wiederaufnahme des Außenhandels gesorgt. Sie habe sich besonders mit dem Abschluß von Handelsverträgen, mit dem Wiederaufbau der Handelsflotte, mit der Besserung der Valuta sofort nach Kriegsende, mit dem System der Handlungsreisenden und dem Musterwesen, sowie mit der Förderung des Exports durch die Banken befaßt. Diese Studien seien heute so gut wie zu Ende geführt. Täglich würden neue Arbeiten begonnen, die den Änderungen in der militärischen und wirtschaftlichen Lage entsprechen, und alle diese Maßnahmen seien so vorbereitet, daß sie mit Friedensschluß in Kraft

treten können. Vergleiche man dagegen den Zustand in Frankreich, so fände man 50 Verbände, die einander ganz oder teilweise unbekannt sind, und die seit 3 Jahren Veröffentlichungen herausgeben, die aber von niemand benutzt würden. In Berlin arbeiteten unterdessen mehrere hundert von Spezialisten für den großen wirtschaftlichen Generalstab an der Vorbereitung der künftigen Handelsverträge.

Wir werden nicht geringe Anstrengungen machen müssen, um uns dieser feindlichen Lobsprüche würdig zu erweisen. Es scheint, daß man uns jenseits der Vogesen Fähigkeiten zutraut, von denen wir selber nur schüchtern träumen.

K. S.

## Japans Zukunftsorgen

Im Mittelpunkt aller japanischen Politik stand schon immer die Notwendigkeit, der wachsenden Bevölkerung Raum und Unterhalt zu schaffen, Der Krieg hat dies Problem kompliziert. Der Bevölkerungszuwachs ist außerordentlich groß gewesen und die Ansprüche an die Lebenshaltung sind infolge der Kriegsgewinne und Kriegslöhne gestiegen.

Das starke Wachstum der japanischen Bevölkerung mögen einige Zahlen erläutern. Die Bevölkerungsziffer für Japan (ohne Formosa und Karafuto) betrug:

1885....	37 869 000	} Nach Japan Year Book (Die Zahlen für 1913 und 1914 werden als Schätzung bezeichnet.) (neuestes Zählungsergebnis im „Japan Weekly Chronicle“ v. 17. Mai 1917).
1895....	42 271 000	
1905....	47 678 000	
1910....	50 985 000	
1913....	52 985 000	
1914....	53 597 000	
1915....	57 442 000	

Der durch die neueste Bevölkerungszählung für 1915 ausgewiesene Bevölkerungszuwachs von fast 4 Mill. in einem Jahre ist enorm. Die japanischen Zählungen sind immer mangelhaft gewesen. Es ist auch möglich, daß ein Teil der Differenz gegen die früheren Zählungen aus Zählungsänderungen sich erklärt. Es bleibt aber trotzdem eine gewaltige Bevölkerungszunahme unbezweifelbar. Diese Entwicklung hat anscheinend im Jahre 1916 weiter angehalten; wenigstens deuten darauf die Zählungsergebnisse für die großen Städte hin, die ich dem „Japan Weekly Chronicle“ v. 17. 3. und 10. 5. entnehme.

Ende 1916 wurde ausgewiesen die Zahl der:

im Stadtbezirk	Wohnhäuser	Bevölkerung	Köpfe pro	
			Wohnhaus	Fläche von 10 000 Tsubo
Tokyo.....	601 770	2 281 420	3,79	980
Osaka.....	317 830	1 508 670	4,75	853
Kyoto.....	96 000	549 770	5,73	516
Kobe.....	121 850	529 860	4,35	473
Yokohama..	91 630	444 010	4,85	400
Nagoya....	94 030	404 150	4,30	328

Der Zuwachs in diesen Städten seit Ende 1915 betrug an:

	Wohnhäusern	Kopfzahl der Bevölkerung	%
Tokyo.....	17 060	36 620	1,63
Osaka.....	8 800	48 450	3,32
Kyoto.....	2 130	10 610	1,97
Kobe.....	7 680	31 540	6,32
Yokohama..	2 638	15 350	3,58
Nagoya....	2 770	14 880	3,82

Der in all den vorstehenden Zahlen ausgewiesene Bevölkerungszuwachs steht in engem Zusammenhang mit der glänzenden industriellen Entwicklung Japans im Kriege, ohne den sie einfach nicht möglich gewesen wäre. Am Kriegsende

steht daher das Gespenst der Sorge, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie trotz aller Erhöhung in quantitativer Hinsicht nicht ausreicht, um vor der wiedereintretenden Konkurrenz europäischer Industrieerzeugnisse zu bestehen.

Und diese Situation droht sich noch durch die Bildung abgeschlossener Wirtschaftsreiche zu verschärfen; eine Gefahr, der das in seinen Hauptindustrien völlig auf die ausländische Rohstoffzufuhr angewiesene Japan nur durch den Anschluß an eines dieser Wirtschaftsreiche begegnen kann. Einen Vorgesmack der Behandlung, die Japan nach dem Kriege von seinen Verbündeten zu erwarten hat, und der Schwierigkeiten, die ihm in isolierter Stellung drohen, bekommt es jetzt bereits durch die Handelsverbote und -beschränkungen der Verbündeten zu kosten.

Man versteht daher, daß der beabsichtigte Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, namentlich in der für das britische Reich von der Reichskonferenz seinerzeit angenommenen Form des abgeschlossenen britischen Rohstoff- und Vorzugszollgebietes, in Japan bange Sorge und zahlreiche Proteste ausgelöst hat.

Bereits im Mai hatte der Landwirtschafts- und Handelsminister darauf hingewiesen, daß Japan seine wachsende Bevölkerung nur als Industrieland ernähren könne, und daß man sich auf einen scharfen Wettstreit um die industriellen Rohstoffe, namentlich Eisen, Baumwolle und Wolle, rüsten müsse. Nur dann habe man Aussicht, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren. Außerdem gelte es die Eisen- und chemische Industrie möglichst zu entwickeln.

Um dieselbe Zeit wurde die „Central Hotoke-kai“, eine patriotische Gesellschaft, unter Leitung des Generaldirektors Hayakawa von der Mitsui-Bank gegründet, die unter Heranziehung der Spitzen der Behörden und der Geschäftswelt sowie der Presse eine systematische Aufklärungspropaganda in Wort und Schrift entfaltete.

Besondere Beachtung verdient die scharfe Stellungnahme der Vereinigten Handelskammern Japans gegen die künftige britische Rohstoff- und Vorzugszollpolitik. Auf der Tagung zu Anfang Juni, die wegen des politischen Charakters der Besprechungen in geheimen Beratungen stattfand, wurde laut Japan Advertiser v. 3. 6. eine Protestresolution angenommen, da die englische Absicht „nicht nur gegen den Buchstaben und Sinn der Pariser Beschlüsse verstoße, sondern auch die Lage des Handels und der Industrie Japans schwer beeinträchtigen werde. Anschließend wurde als zweite Resolution beschlossen, daß ein Brief an die Londoner Handelskammer hierüber gerichtet werden solle, in dem die Wünsche der japanischen Geschäftswelt über die Nachkriegs-Handelspolitik Großbritanniens auseinandergesetzt werden solle. Die Resolution besagt, daß das Hauptziel der Entente in diesem Kriege die Aufrichtung der Freiheit und des Friedens sei. Die auf der Pariser Konferenz beschlossene